

Globkes Netzwerk kommt unter die Lupe

AUFARBEITUNG Die Bundesregierung will die NS-Belastung zentraler Behörden untersuchen lassen

BERLIN taz | In zehn Forschungsprojekten will die schwarz-rote Bundesregierung die NS-Belastung zentraler deutscher Behörden aufarbeiten lassen. Wie Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) am Montag bekannt gab, sollen sich zwei der Projekte mit dem Bundeskanzleramt beschäftigen.

So werden sich das Institut für Zeitgeschichte und das Zentrum für Zeithistorische Forschung mit der „Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte des Bundeskanzleramts“ befassen können. Das zweite Forschungsprojekt ist bei der Universität Siegen angesiedelt und untersucht die Kommunikationsprak-

tiken und Netzwerke des Kanzleramts in den 50er Jahren.

Die anderen Projekte befassen sich unter anderem mit dem inzwischen nicht mehr existierenden Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, der Geschichte der Landesämter für Denkmalschutz in Bayern, Thüringen und Württemberg oder der „Formierungsphase der Justizbehörden in den Ländern nach 1945 im deutsch-deutschen Vergleich“. Insgesamt stellt die Regierung bis 2020 Fördermittel in Höhe von 4 Millionen Euro zur Verfügung. „Das Thema NS-Vergangenheit der Bundeseinrichtungen hat hohe

politische Relevanz“, teilte Grütters mit. „Mit dem neuen Programm fördern wir erstmals institutionsübergreifende Forschungsarbeiten, die sich nicht am Raster von Behörden, Zuständigkeiten und Geschäftsbereichen orientieren.“

Genau das hält der Linkspartei-Abgeordnete Jan Korte jedoch für problematisch. Zwar begrüßte er das Forschungsprogramm grundsätzlich. „Ob die Summe von 4 Millionen Euro für insgesamt 10 Projekte allerdings ausreichend ist, scheint mir zweifelhaft“, sagte Korte der taz. „Deshalb werden wir uns die Finanzierung genauer ansehen.“ Seine Befürchtung: „Hin-

ter dem erst einmal gut klingenden ‚ressortübergreifenden Ansatz‘ steckt der Versuch einer gewollten geschichtspolitischen Verwässerung.“

Unterstützt von zahlreichen GeschichtswissenschaftlerInnen fordert die Linkspartei seit Jahren schon eine eigene unabhängige HistorikerInnenkommission zur Geschichte des Bundeskanzleramtes. „Nicht nur der Fall Globke, sondern auch der Umgang mit NS-belastetem Personal in Ministerien und Behörden wurden vom Bundeskanzleramt aus gesteuert“, so Korte. Insofern sei die wissenschaftliche Aufarbeitung seiner Rolle überfällig. **PASCAL BEUCKER**